

## **Sozialdezernat qualifiziert besetzen**

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, gemäß seiner durch die HGO festgelegten Zuständigkeit die Dezernatsverteilung bzw. den Dezernatszuschnitt so zu ändern, dass Kassel wieder eine/n engagierte/n, qualifizierten/n SozialdezernentIn/en erhält.

### **Begründung:**

Seit nunmehr 4 Jahren liegen das Sozialdezernat vereint mit der Kämmerei im Verantwortungsbereich von Dr. Barthel. Die Erfahrung zeigt, dass dies dazu geführt hat, dass die durch die städtischen Sozialbehörden betreuten Menschen keinen engagierten, ihnen zugewandten Verantwortlichen im hauptamtlichen Magistrat haben. Vielmehr werden die Anliegen im besten Fall überwiegend lieblos verwaltet, in der Regel konzentriert man sich unter der Verantwortung von Dr. Barthel auf bürokratische Maßnahmen zur Eindämmung der Sozialausgaben. Unter der Überschrift "den weiteren Zuzug von Transferleistungsempfängern verhindern" gibt es ein Bündel von Maßnahmen, zu denen klare Rechtsverstöße (z.B. Nichtbezuschussung von Klassenfahrten) ebenso gehören wie der höchst umstrittene Abzug von sogenannten Einsparungen der sogenannten Pauschalen (Krankenhausaufenthalten). Der Kämmerer überlegt, wie Frauenhaus, Drogenhilfe und Erziehungsberatung so eingeschränkt werden können, dass sie nicht als "Magnet" für das Umland wirken. Der Sozialdezernent widerspricht nicht. Beim Thema Kommunal-Kombi stützt der Sozialdezernent ein Programm, das nicht nur den eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird (die kalkulierte Finanzierung entspricht noch nicht einmal den eigenen Programmzielen), nein, dieses Programm bleibt wiederum weit hinter den Möglichkeiten und Notwendigkeiten zurück, die sich aus der Lage auf dem Kasseler Arbeitsmarkt ergeben.

Als katastrophale Krönung dieser "Bilanz" aber stellt sich die Nichtverausgabung von ca. 45 Mio. EUR dar, die die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2005 - 2007 für Kassel bereits zur Verfügung gestellt hat. Damit hat das zuständige Sozialdezernat fast 60 % der zur Verfügung stehenden Mittel nicht genutzt. Dies in einer Stadt wie Kassel, die von (Jugend-) Arbeitslosigkeit in besonderem Maße belastet war und ist.

Berichterstatter/-in:      Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes  
Fraktionsvorsitzender